Studie beschreibt Verstärkung religiöser Konflikte

2. März 2016

Gütersloh (KNA) Religiöse Konflikte prägen die Politik zunehmend: Zu diesem Ergebnis kommt eine am Montag in Gütersloh vorgestellte Studie der Bertelsmann Stiftung. Der „Transformationsindex“ (BTI) untersucht alle zwei Jahre die Lage von Entwicklungs- und Transformationsländern. Selbst in bislang gefestigten Systemen greifen autoritäre Tendenzen um sich, heißt es in der Analyse.

In den vergangenen Jahren habe die Intensität sozialer, ethnischer und religiöser Konflikte zugenommen. „Gesellschaftliche Auseinandersetzungen werden zunehmend entlang religiöser Konfliktlinien ausgetragen“, erklärte die Stiftung. Extremistische Organisationen wie Boko Haram, Al-Kaida, der „Islamische Staat“ oder die Taliban beförderten diese Konflikte.

Im arabischen Raum beziehungsweise islamisch geprägten Ländern sei der religiöse Einfluss auf die Politik am stärksten, hieß es weiter. Insgesamt zählt der Index 42 Staaten weltweit, „in denen religiöse Dogmen politische Systeme spürbar beeinflussen“. In den vergangenen zehn Jahren habe „der Einfluss religiöser Dogmen“ in 53 Ländern zu- und nur in zwölf Ländern abgenommen. Damit handle es sich um „einen der stärksten Negativtrends unter allen BTI-Kriterien“.

Die Autoren stuften 74 Staatssysteme als – wenn auch fehlerhafte – Demokratien ein. 55 Staaten wurden als Autokratien bezeichnet, darunter 40 „harte“ Diktaturen. Damit habe sich diese Zahl um sieben gegenüber der Vorgängerstudie von 2014 erhöht. Besonders drastisch sei die Lage in Ägypten, China oder Russland.

Willkürliche Inhaftierungen von Menschenrechtlern seien in den betroffenen Ländern ebenso an der Tagesordnung wie Druck auf zivilgesellschaftliche Organisationen. Besonders ausgeprägt seien Einschnitte in die Organisations- und Versammlungsfreiheit, auch in ostmittel- und südosteuropäischen Staaten.

Politische und wirtschaftliche Rückschritte beschreibt die Studie in Nordafrika, dem Nahen Osten und Osteuropa. Um Westeuropa habe sich ein „Ring of Fire“ gebildet, warnte der Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann Stiftung, Aart De Geus. Vor allem „die wachsende Unfähigkeit zur gesellschaftlichen und politischen Debatte“ sei beunruhigend. Diese Entwicklung begünstige Populismus und Radikalisierung.

Die beschriebenen Konflikte hängen dem BTI zufolge untrennbar mit sozialen Missständen zusammen. „Insbesondere Armut, Ungleichheit und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit stellen sozialen Sprengstoff dar“, hieß es.

(KNA – qkmmt-89-00008)

Stand: 16. November 2026